

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf den Wahlprüfstein der Landeskonzferenz Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Berliner Hochschulen (LakoF)

Änderungen oder Kürzungen bedürfen erneuter Freigabe.

Kontakt für Rückfragen: Tim Demisch, wahlprüfsteine@gruene-berlin.de

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Berlin erzielt Spitzenleistungen in Forschung, Kunst und Lehre – und in der Gleichstellung! Die Hochschulen sind ein zentraler Motor für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin und wichtige Stütze für die demokratische und vielfältige Kultur Berlins.

Frage: Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Antwort: Wir wollen die Hochschulfinanzierung wieder auf eine planungssichere Grundlage stellen. Zentrales Instrument sind für uns belastbare, langfristig geltende Hochschulverträge, die wir in einem partizipativen Prozess mit den Hochschulen und ihren Gremien neugestalten. Die Finanzierung wollen wir verlässlich erhöhen und rechtlich sicher ausgestalten, um Kostensteigerungen abzufedern und langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Aufkündigung der Hochschulverträge und die massiven Haushaltskürzungen des amtierenden Senats haben das Verhältnis zu den Hochschulen zerrüttet und in den Verträgen angestoßene Verbesserungen zurückgedreht. Das wollen wir korrigieren. Ergänzend braucht die Wissenschaftsinfrastruktur eine entschlossene Sanierungs- und Modernisierungsoffensive, um Hörsäle, Labore und Bibliotheken klimagerecht, barrierefrei und digital auf den neuesten Stand zu bringen.

Frage: Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Antwort: Für uns ist ein klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit die Grundlage. Angesichts zunehmender antidemokratischer Einflüsse wollen wir Berlin zum führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz machen, von der Grundlagen- bis zur angewandten Forschung. Dazu gehört der Ausbau der Forschung zu digitaler Informationssouveränität, etwa zum Umgang mit Deep Fakes, digitaler Hassrede (insbesondere gegenüber FLINTA*-Forschenden) und Verschwörungserzählungen. Antifeminismus verstehen wir als verfassungsfeindliche Ideologie, die wir als Analysekatgorie verankern und durch verbindliche Fortbildungen in Verwaltung, Bildung und Justiz bekämpfen. Initiativen zur Aufnahme bedrohter Wissenschaftler*innen und Studierender wollen wir stärken und ausbauen.

Frage: Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Antwort: Das klare Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und zur Autonomie der Berliner Hochschulen ist für uns von zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir die Hochschulverträge künftig partizipativ und unter Einbeziehung der Gremien neugestalten und so verlorenes Vertrauen wiederherstellen. Wir setzen auf einen transparenten Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Senat auf Augenhöhe. Zugleich entbürokratisieren wir Verwaltung und Forschung, schaffen mehr Raum für Innovation und stärken nach dem jüngsten Sicherheitsvorfall die IT-Sicherheit an allen Hochschulen durch verbindliche Mindeststandards und eine landesweite Incident-Response-Struktur.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Berlin ist Stadt der Frauen und Stadt der Frauen in der Wissenschaft. Das belegt das bundesweite Gleichstellungsranking des CEWS. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiterführen, dazu benötigen wir die richtigen politischen Strategien.

Frage: Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Antwort: Gleichstellung ist für uns kein Nebenthema, sondern Teil der wissenschaftspolitischen Grundausrichtung. Unsere Vision sind Lehr- und Forschungsstätten, die zu geschlechter- und diversitätssensiblen Orten werden. Ziel bleibt die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen sowie ein nachhaltiger, feministischer Kulturwandel in allen Bereichen der Wissenschaft, auch unterhalb der Professur. Unterlegt wird dies durch das Gender-Budgeting im Landeshaushalt, dass wir mit wirksamem Controlling weiterentwickeln, und durch eine ressortübergreifende, intersektional ausgerichtete Gleichstellungsstrategie.

Frage: Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Antwort: Wir setzen uns für geschlechtergerechte Hochschulen und für die institutionelle Etablierung und Weiterentwicklung von Diversitätsbeauftragten an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein. Lehrende und Forschende wollen wir für Diversitätsthemen sensibilisieren und fortbilden. Ein zentrales Handlungsfeld sind Maßnahmen gegen Machtmissbrauch: Wir wollen Abhängigkeiten, insbesondere während der Qualifizierungsphase, abbauen und unabhängige Unterstützungsstrukturen ausbauen. Eine Verankerung dieser Punkte im Hochschulgesetz prüfen wir. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm entwickeln wir weiter.

Frage: Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Antwort: Leitziel ist für uns die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen. Damit dies gelingt, wollen wir den feministischen Kulturwandel auch unterhalb der Professur gestalten und so die Karrierepipeline verbreitern. Barrieren sollen entlang der gesamten Laufbahn abgebaut werden, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Orten für alle Menschen werden.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat erheblich und nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Frage: Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Antwort: Wir stehen klar zum Berliner Chancengleichheitsprogramm: Wir wollen es weiterentwickeln und seine Finanzierung verstärken, weil es erheblich und nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen hat.

Frage: Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Antwort: Wir wollen Gleichstellung über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen und transparente Auswahlverfahren strukturell absichern und die Förderung von Frauen in der Wissenschaft gezielt vorantreiben. Diese Instrumente lassen sich auf die Ausgestaltung von Landesförderung übertragen.

Frage: Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung (strukturell) weiterentwickelt werden?

Antwort: Wir wollen Berlin als führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz ausbauen und Diversität an den Hochschulen institutionell stärken.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Berlin hat im Hochschulgesetz und in den Landesgesetzen die Ziele der Vielfalt und Gleichstellung fest verankert. An Berliner Hochschulen regeln Ordnungen und Satzungen die Umsetzung derselben. Gleichstellungskonzepte und erfolgreiche Drittmittelanträge, z.B. im Professorinnenprogramm, zeichnen die Berliner Hochschulen aus. Dennoch bestehen weiterhin Hürden für Frauen, Berliner Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume.

Frage: Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Antwort: Unsichere Karriereperspektiven treffen gesellschaftlich ohnehin benachteiligte Gruppen besonders. Deshalb wollen wir Kettenbefristungen zurückdrängen und deutlich mehr Dauerstellen schaffen. Wir wollen eine verfassungskonforme gesetzliche Grundlage schaffen, um den Anteil festangestellter Wissenschaftler*innen, insbesondere von Postdocs, deutlich zu erhöhen, und führen mit den Hochschulen einen strukturierten, verbindlichen Dialog zum Abbau von Befristungen. Berlin soll wieder Vorreiterin für attraktive akademische Karrieremodelle werden, die gerade Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen Planungssicherheit bieten.

Frage: Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Antwort: Unser Ziel bleibt die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen. Getragen wird dies durch einen feministischen Kulturwandel unterhalb der Professur, der den Nachwuchs stärkt, sowie durch das weiterentwickelte Berliner Chancengleichheitsprogramm.

Frage: Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Antwort: Wir setzen uns für Equal Pay ein und wollen einen Equal-Pay-Bericht über die Berliner Verwaltung und die landeseigenen Betriebe erstellen, um gleiche Bezahlung in allen Bereichen voranzutreiben. An den Hochschulen gilt für uns: Daueraufgaben gehören in reguläre Beschäftigungsverhältnisse und dürfen nur von Beschäftigten der Hochschule übernommen werden. Auch die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten wollen wir verbessern.

Frage: Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit an den Hochschulen zu verbessern?

Antwort: Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit verbessern, unter anderem durch bedarfsorientierte Kinderbetreuung, Unterstützung von Arbeitgeber*innen bei Betriebskita und flexible Arbeitsmodelle, die Erwerbs- und Care-Arbeit fair verteilen. Programme für den beruflichen Wiedereinstieg nach Familienphasen gehören ebenso dazu.

Frage: Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Hochschulen zu stärken?

Antwort: Konkret wollen wir Diversitätsbeauftragte an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen institutionell etablieren und weiterentwickeln, damit sie Diversität fördern und Betroffene von Diskriminierung empowern und beraten. Unabhängige Unterstützungsstrukturen gegen Machtmissbrauch bauen wir aus und prüfen eine Verankerung im Hochschulgesetz. Eingebettet ist dies in eine gesamtstädtische Antidiskriminierungs- und

Diversitätsstrategie und in die Weiterentwicklung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG).